

nister Walter Wallmann, alle Informationen über die Sicherheit des französischen Kraftwerks offenzulegen. In einer Anfrage an die Regierung will Schäfer überdies wissen, ob Cattenom tatsächlich störanfälliger ist als deutsche Reaktoren.

Was die Saar-Regierung jetzt öffentlich diskutiert wissen will, sind die hohen Emissionswerte von Cattenom, das in der Endstufe vier Reaktorblöcke mit jeweils 1300 Megawatt Leistung haben wird. Die Saar-Regierung will nicht zulassen, daß dem Betreiber für die Ableitung radioaktiven Wassers in die Mosel de facto 16,2 Curie pro Block und Jahr genehmigt werden – 16mal mehr, als in der Bundesrepublik zugestanden wird.

Umgerechnet auf die einzelnen radioaktiven Stoffe bedeutet dies: Cattenom darf 34mal mehr Jod 131, neunmal mehr Kobalt 60 und vierzehnmal mehr Cäsium 137 in die Mosel einleiten, als in der Bundesrepublik genehmigt würde. Die Ganzkörperdosis, die zum Beispiel ein Erwachsener in dem deutschen Grenzzort Perl an der Mosel aufnimmt, wird nach den Berechnungen des Leinen-Ministeriums „mehr als dreißigmal höher sein“ als im Umkreis deutscher Kernkraftwerke.

Die TÜV-Untersuchung verweist darauf, daß bei Niedrigwasser der Mosel jener Grenzwert von 30 Millirem Strahlenbelastung überschritten wird, den die Strahlenschutzverordnung vorsieht. Und auch das macht die TÜV-Studie deutlich: Obwohl Cattenom im Nahbereich mehrerer Flughäfen liegt, ist die Nuklearzentrale nur gegen den Absturz kleiner „Sport-, Reise- und Geschäftsflugzeuge“ bis 5,7 Tonnen Gewicht sicher. Ein „Schutz gegen den Absturz schnellfliegender Militärmaschinen“, so der TÜV, sei in Cattenom nicht vorhanden.

Als die Internationale Kommission zum Schutz der Mosel und der Saar im Oktober vergangenen Jahres gleichwohl den Franzosen für Cattenom grünes Licht gab, protestierte der Vertreter des Saarlandes. Obwohl die Franzosen nur jährlich zwölf statt der von Paris genehmigten mehr als 60 Curie in Cattenom in die Mosel zu leiten versprochen, sah sich der Leinen-Mann „außerstande“, diese wachsweißen „brieflichen Zusicherungen ... zu akzeptieren“.

Rheinland-Pfalz gab „aus politischen Gründen“ in der Kommission klein bei: Die Mainzer Beamten, so ein Sitzungsprotokoll, hätten „der Bundesregierung in dieser Frage nicht in den Rücken fallen“ wollen.

Nun wollen die SPD-regierten Bundesländer auf Betreiben der Genossen von der Saar versuchen, über den Bundesrat den Cattenom-Start zu stoppen. Kanzler Kohl soll ersucht werden, in Paris darauf hinzuwirken, daß „die Konzeption der Nuklearzentrale in Cattenom nicht verwirklicht wird“. Die Leute um Leinen wissen: „Das Ding ist jetzt nur noch politisch zu bremsen, und zwar von Bonn aus.“

RICHTER

Auf dem Altar

Für das Bundesverfassungsgericht suchte die SPD eine Frau. Sie fand die falsche.

Wenn der Sozialdemokrat Gerhard Jahn auf die Wahl von Verfassungsrichtern angesprochen wird, läßt er Genossen gewöhnlich schroff abfahren: Von „dem Geschäft“ verstehe er mehr als sie.

Seine geschäftliche Aufmerksamkeit gilt zur Zeit der Nachfolge für Richter Hans Justus Rinck vom Bundesverfassungsgericht (BVG), der im September in Pension geht. Für die Richterstelle haben die Sozis, denen das Vorschlagsrecht zusteht, auf Betreiben Jahns eine Richterin am Bundesgerichtshof ausersehen, Karin Graßhof, 49.

Ihre Wahl, für den 1. Juli vorgesehen, wäre die zweite von acht Neubesetzungen.



Ex-Verfassungsrichter Hirsch
„Unmögliches Verfahren“

gen, die bis Ende nächsten Jahres fällig sind – das bislang größte Revirement beim höchsten deutschen Gericht. Die Hälfte aller sechzehn Planstellen ist neu zu besetzen, und da die neugewählten Richter zwölf Jahre amtieren, legen die jetzt anstehenden Wahlen ein gutes Stück bundesdeutscher Politik auf lange Zeit mit fest. Ebenso bedeutsam sind sie, praktisch bis zum Jahr 2000, für die Interpretation der Bürgerrechte.

Da das BVG nicht nur Gericht ist, sondern auch Verfassungsorgan, haben sich die Parteien die Richterwahl vorbehalten. Die für diese Wahl erforderliche Zweidrittelmehrheit zwingt sie zu einem Arrangement.

So besetzen CDU/CSU und SPD in jedem der beiden achtköpfigen Senate jeweils drei Posten mit Richtern ihrer



Verfassungsrichter Seidl
Erste Wahl der CDU

Couleur. Je zwei Planstellen sind nach gängiger Praxis für neutrale Juristen reserviert – was aber nicht viel besagt, da einer von der Union, der andere von der SPD benannt wird. Und die große Regierungspartei – früher die SPD, nun die CDU – tritt eine Stelle an den Koalitionspartner FDP ab.

Der Zweite BVG-Senat, für den Karin Graßhof vorgesehen ist, fungiert als Staatsgerichtshof. Er entscheidet über sogenannte Organklagen und Normenkontrollverfahren. Der Zweite Senat ist für fast alle politischen Richtungsentscheidungen zuständig, ob es um die vorzeitige Auflösung des Parlaments geht, um den Radikalen-Erlaß oder um die Parteienfinanzierung.

Bislang hat dieser Senat, häufig im Stimmenverhältnis 5:3, konservativ entschieden; Richter Rinck sorgte im Zweifelsfall für die Mehrheit. Ob Rincks Nachfolgerin, eine Kandidatin der SPD, an diesen Mehrheitsverhältnissen etwas ändern wird, scheint jedoch mehr als ungewiß.

Karin Graßhof gilt als Zivilrichterin konservativen Zuschnitts, ist jedenfalls nicht in der Nähe der SPD zu vermuten. Warum sie auf sozialdemokratische Initiative ins Verfassungsgericht gewählt werden soll, weiß nur Gerhard Jahn.

Solch seltsame Entscheidungen sind Ergebnis einer Wahlpraxis, die schon lange von Praktikern und Wissenschaftlern kritisiert wird. So fordern etwa die Professoren Martin Hirsch und Klaus Kröger statt geheimer Parteidiplomatie eine öffentliche Diskussion über die Kandidaten für das höchste Amt. Kröger schlägt vor, „die qualifiziertesten Kandidaten – mindestens dreimal so viele, als Richterposten zu besetzen sind – ei-

ner öffentlichen Anhörung zu unterwerfen“.

Davon ist die Bonner Praxis weit entfernt. Zwar schreibt das Grundgesetz vor, daß „die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichtes je zur Hälfte vom Bundestage und vom Bundesrat gewählt“ werden müssen. Doch der Bundestag hat diese Aufgabe an zwölf Wahlmänner delegiert, und die haben auch nicht viel zu sagen – den Ausschlag geben ein paar sogenannte Obleute, die in dieser Personalsache das Wort führen.

Es sei „ein unmögliches Verfahren“, rügt Ex-Verfassungsrichter Hirsch, „wenn in Wirklichkeit ein oder zwei Leute bestimmen, wer Verfassungsrichter wird“. Er frage sich, ob „diese Praxis nicht schlicht verfassungswidrig ist“.

Wie Personalpolitik professionell betrieben wird, hat die Union bei ihrer Richterwahl vorexerziert. Im Gegensatz zur SPD, die seit Jahren weiß, daß und wann sie den Nachfolger für Rinck zu benennen hat, wurden die Christdemokraten über Nacht unter Entscheidungszwang gesetzt. Als der erst drei Jahre amtierende Verfassungsrichter Franz Niedermaier (Erster Senat) plötzlich starb, mußten sie innerhalb weniger Wochen einen Nachfolger präsentieren.

Ihre Wahl fiel auf den parteilosen Bundesrichter Otto Seidl, 54, einen Fachmann im Familien- und Gesellschaftsrecht, der zudem mal bayrischer Verfassungsrichter war. Als Richter ist er unumstritten erste Wahl. Aber er ist zugleich, worauf die vorschlagsberechtigte Union achten durfte und geachtet hat, ein strikt konservativer Mann.

Die Sozialdemokraten dagegen hatten sich, statt nach einem geeigneten Kandidaten Ausschau zu halten, auf ein Prinzip festgelegt: Sie wollten eine zweite Frau (neben Gisela Niemeyer im Ersten Senat) ins Gericht hieven.

Erkennbar zu spät wurde den linken Talentsuchern klar, daß Rincks Nachfolger ein Mitglied der obersten Gerichtshöfe sein muß, daß aber unter den rund dreihundert Bundesrichtern nur acht Frauen in Frage kommen. Unter diesen wiederum war nur eine, die den SPD-Ansprüchen – parteineutral, qualifiziert und liberal – entsprach. Das war die Richterin am Bundessozialgericht, Ingeborg Wolff, 47.

Als die aber aus persönlichen Gründen abwinkte, wählten sich die Sozialdemokraten nicht mehr frei, einen Mann vorzuschlagen (der leicht zu finden gewesen wäre). Statt dessen verfielen Jahn und Genossen auf eine Kandidatin, von der sie nicht sicher sein können, ob sie ihnen nicht bis zur Jahrhundertwende Niederlagen im Verhältnis 5:3 beibringen wird.

Es war nicht ein Mann, sondern eine Frau, die vorletzte Woche in Essen beim Rechtskongreß der SPD in kleiner Runde das Problem präziserte: „Die Sozialdemokraten opfern sich auf dem Altar der Emanzipation.“

OSTHANDEL

Sehr zurückhaltend

Die Geschäfte deutscher Unternehmen mit den Sowjets laufen schlecht – Moskau fehlt das Geld für geplante Milliarden-Aufträge.

Im Dezember vergangenen Jahres fühlte sich Lothar Jaeschke seiner Sache noch ganz sicher. „Wir liegen“, glaubte der Chef des Dortmunder Anlagenbauers Uhde, „mit unserem Angebot sehr gut.“

Die Offerte galt einem der teuersten Projekte, das je von den Sowjets an eine westdeutsche Firma zu vergeben war. Monatlang hatten die Uhde-Manager um die Lieferung einer schlüsselfertigen Kunststoff-Fabrik im Ural verhandelt.



Osthändler Wolff
Westliche Hilfe wird gebraucht

Für 10,1 Milliarden Mark, so lautete das Uhde-Angebot, wollten die Deutschen das Mammut-Projekt übernehmen. Die Sowjets signalisierten Interesse.

Doch seit Monaten geschieht nichts; ob das Milliarden-Geschäft tatsächlich zustande kommt, ist keineswegs mehr sicher. Die Sowjets lassen nichts von sich hören, Anfragen nach dem Stand der Dinge bleiben unbeantwortet.

Die Hoechst-Tochter Uhde ist nicht das einzige deutsche Unternehmen, das unruhig auf Nachricht aus Moskau wartet. Den Sowjets liegen mehrere größere Offerten aus der Bundesrepublik vor.

So schickte die Duisburger Krupp Industrietechnik GmbH Anfang März ein Angebot über 3,8 Milliarden Mark für den Bau eines Hüttenwerks nach Moskau. Drei bis fünf Milliarden Mark kostet ein Motorenwerk, um dessen Bau sich der Wolfsburger VW-Konzern in Konkurrenz mit Fiat bewirbt. Mannesmann und Thyssen erhofften sich noch im Januar einen schnellen Auftrag zur Lieferung von Gas-Großrohren im Wert von 800 Millionen Mark.

Anfang des Jahres sah alles danach aus, als würden die Geschäfte mit der Sowjet-Union 1986 prächtig anlaufen, trotz der Kühle im politischen Umgang zwischen Bonn und Moskau. Der erhoffte Schwung im deutsch-sowjetischen Handel aber ist ausgeblieben.

Die Sowjets ordern inzwischen deutlich weniger in der Bundesrepublik. Noch 1985 etwa lieferte Mannesmann 725 000 Tonnen Großrohren in die UdSSR. In diesem Jahr sind erst Aufträge für 36 000 Tonnen in Mülheim eingegangen.

Ohne Angabe von Gründen haben die Sowjets inzwischen auch die Gespräche mit Volkswagen abgebrochen. „Wir wis-

